



Dr. Matthias Sauter

Soziale Stadt: Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel!



Das zehnjährige Jubiläum des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ in diesem Jahr sollte als Anlass für eine konzeptionelle und politische Diskussion über die grundsätzliche Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Soziale-Stadt-Politik auf kommunaler Ebene genutzt werden. Die integrierte Stadt(teil)entwicklung muss auch jenseits staatlicher Sonderförderung zu einer Regelaufgabe der Kommunen werden!

Zehn Jahre nach dem Start des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ im Jahr 1999 sind integrierte Entwicklungskonzepte für benachteiligte Stadtgebiete zu einem weit verbreiteten Kerninstrument einer sozial- und bewohnerorientierten Stadterneuerungspolitik geworden. Ende 2008 gab es bundesweit bereits 523 Soziale-Stadt-Gebiete in 326 Kommunen (vgl. www.sozialestadt.de/gebiete/).

Das Bund-Länder-Programm soll dazu dienen, „Quartiersentwicklungsprozesse in Gang zu setzen, welche die sozialen Problemgebiete zu in die Stadt integrierten Stadtteilen mit positiver Zukunftsperspektive machen sollen. (...) Die angestrebten Quartiersentwicklungsprozesse zielen auf: die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Quartieren, die Schaffung stabiler Sozialstrukturen und die Verbesserung der Lebenschancen für die Bewohnerinnen und Bewohner.“ (Bauministerkonferenz 2005, S. 4) Der Städtebauförderung auf Bundes- und Landesebene kommt dabei eine strategische Leit- und Antriebsfunktion für die übrigen Ressortpolitiken zu. Die wesentliche Aufgabe integrierter Entwicklungskonzepte im Kontext der Soziale-Stadt-Programme liegt in der gebietsbezogenen Verknüpfung von städtebaulichen, infrastrukturellen, sozialen, ökonomischen, kulturellen, umweltbezogenen

und anderen relevanten Ressourcen und Aktivitäten, um auf diese Weise einen „synergetischen Mehrwert“ gegenüber herkömmlichen sektoralen Handlungsansätzen zu erzeugen und damit die Wirksamkeit der Gesamtmaßnahme entscheidend zu verbessern.¹

Zu den charakteristischen Merkmalen von Soziale-Stadt-Programmen gehören die Einrichtung eines zeitlich befristeten „Sonderprojektes“ innerhalb der Stadt- oder Gemeindeverwaltung, die Erarbeitung eines integrierten Entwicklungskonzepts gemäß §171e Baugesetzbuch als formale Grundlage für den Erneuerungsprozess, die Einrichtung eines dezentralen Stadtteil- oder Quartiermanagements als Organisationsstruktur für die Projektumsetzung, die ressortübergreifende Bündelung von Fördermitteln im Programmgebiet, die Koordination und Vernetzung der lokalen Akteure (Dienststellen der Verwaltung, freie Träger, Einrichtungen, Vereine etc.) sowie die Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft. Für den größten Teil der Koordinations- und Durchführungsaufgaben vor Ort sind i.d.R. die Mitarbeiter des Stadtteil- oder Quartiermanagements zuständig, die angesichts ihres komplexen Tätigkeitsspektrums häufig auch als „eierlegende Wollmilch-säue“ bezeichnet werden.²

¹ Auf der Homepage des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) heißt es zum Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“: „Dieses Stadterneuerungsprogramm hat einen integrativen und damit kooperativen Ansatz: Um die Wirkung der Finanzhilfen zu verstärken, soll die Städtebauförderung mit anderen Ressortprogrammen und Ressourcen gebündelt werden. In den Förderquartieren der Sozialen Stadt geht es nicht nur um die Sanierung und Herrichtung von Gebäuden, sondern auch um mehr Grün und Spielplätze im Wohnumfeld, bessere Infrastrukturen insbesondere für Kinder und Jugendliche. Neben diesen baulichen Investitionen geht es aber auch um zusätzliche sozialintegrative Maßnahmen unter anderem zur Bildung, Integration und Beschäftigungsförderung, um die Wohn- und Lebensbedingungen der Menschen im Quartier insgesamt zu verbessern.“ (vgl. http://www.bmvbs.de/Stadtentwicklung_-Wohnen/Stadtentwicklung-,1551/Soziale-Stadt.htm; abgerufen am 24.08.2009)

² Zu den typischen Aufgaben von Stadtteil- oder Quartiermanagement gehören u.a. das Sensibilisieren von Politik und Verwaltung für die Belange des Stadtteils, das Erarbeiten und Fortschreiben der integrierten Entwicklungskonzepte, das Initiieren von Projekten und Maßnahmen, das Akquirieren und Bündeln von Fördermitteln, der Aufbau von lokalen Kooperationsstrukturen und Akteursnetzwerken, die Koordination der gebietsbezogenen Angebote von Trägern und Einrichtungen, das Aktivieren und Beteiligen der örtlichen Bevölkerung, das Einbeziehen privater Geschäftsleute und Unternehmer in die Entwicklungsprozesse sowie die Öffentlichkeitsarbeit für die Programmgebiete nach innen und nach außen.



Zehn Jahre Bund-Länder-Programm: eine Zwischenbilanz

Für ein staatliches Förderprogramm sind zehn Jahre eine vergleichsweise lange Zeit. Dies ist ein Zeichen dafür, dass das Bund-Länder-Programm über alle Partei- und Akteurgrenzen hinweg positiv beurteilt wird und breite Unterstützung erfährt. Die in diesem Jahr vielerorts stattfindenden Festveranstaltungen zum Programmjubiläum sind ein weiterer Beleg für diese generelle Wertschätzung. Bei aller berechtigten Freude über das Erreichte sollte dabei aber die selbstkritische Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Grenzen des Programms nicht zu kurz kommen, die für die notwendige Weiterentwicklung der Soziale-Stadt-Politik in Deutschland unverzichtbar ist (vgl. dazu etwa Kaiser 2009; Walther/Günter 2005 und 2007; Siebel 2007; BAG 2007). Das zehnjährige Jubiläum sollte deshalb als Anlass genutzt werden, um nach Wegen zu suchen, wie die ambitionierten und gesellschaftspolitisch wichtigen Ziele des Programms (siehe oben) noch konsequenter und effektiver verfolgt werden können als bislang.

Die dafür erforderlichen empirischen Informationen liegen – zumindest auf Bundes- und Länderebene – in Form verschiedener, zum Teil sehr umfangreicher Evaluationsstudien vor (vgl. BMVBS 2008; Farwick/Petrowsky/Günter 2005; Häußermann 2005, IFS 2004). Bei allen Unterschieden im Detail lassen sich dort etliche gemeinsame Erfahrungen und Tendenzen in den Programmgebieten erkennen, die im Folgenden als Eckpunkte für die Diskussion über eine grundsätzliche Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Soziale-Stadt-Politik auf kommunaler Ebene stichwortartig festgehalten werden sollen.

Zu den wesentlichen Stärken und Erfolgen von Soziale-Stadt-Programmen gehören demnach (ohne Anspruch auf Vollständigkeit und auch keineswegs überall gleichermaßen umgesetzt)

- die städtebauliche und gestalterische Aufwertung der Programmgebiete,
- die Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktureinrichtungen,
- die Realisierung zahlreicher sozialrelevanter Maßnahmen und Projekte,
- die Schaffung zusätzlicher (wenn auch meist auf die jeweilige Programmlaufzeit befristeter) Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote,
- die Stärkung vorhandener und der Aufbau neuer Kooperations- und Netzwerkstrukturen (Stadtteilkonferenzen, Runde Tische etc.),
- die Unterstützung bewohnerschaftlicher Eigeninitiative (z.B. durch projektbezogene Beteiligungsaktivitäten),
- die Verbesserung des Zusammenlebens der Bevölkerung (z.B. durch nachbarschaftliche Konfliktmoderation) sowie
- das Entstehen von „Wir-Gefühl“, Aufbruchstimmung und neuem Selbstbewusstsein im Stadtteil.

Neben diesen Stärken und Erfolgen lassen sich allerdings auch deutliche Schwachstellen und Misserfolge der Soziale-Stadt-Programme erkennen. Dazu zählen vor allem

- eine noch immer unbefriedigende ressortübergreifende Kooperation und Mittelbündelung auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen (trotz positiver Ansätze wie dem ESF-Bundesprogramm „Sozial Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“, kurz „BIWAQ“),
- eine nur selten vollzogene Einbindung der Stadtteilprogramme in gesamtstädtische oder gar regionale Entwicklungsstrategien (Gefahren: Ausblenden wichtiger Unterstützungspotenziale für die Gebietsentwicklung, Problemverlagerung in andere Gebiete etc.),
- ein i.d.R. nur schwach ausgeprägtes Qualitätsmanagement (Sozialraum-Monitoring, Controlling, Selbstevaluation etc.),
- eine relativ geringe Reichweite der lokalen Handlungsansätze bei gesamtgesellschaftlich bedingten Problemlagen (kaum kommunale Einflussmöglichkeiten auf wirtschaftliche Entwicklungsprozesse, Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und Qualität des Bildungssystems) sowie
- nur begrenzte Effekte bei der angestrebten Aktivierung und Beteiligung der Bewohner und der Förderung bürgerschaftlichen Engagements (gerade im Hinblick auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen).

Für etliche Stadtteilprogramme mit langen Laufzeiten stellt sich außerdem die Frage, wie die erreichten positiven Veränderungen und hier insbesondere die aufgebauten Einrichtungen und Kooperationsstrukturen in den Programmgebieten über das Ende des Förderzeitraums (i.d.R. max. zehn Jahre) hinaus gesichert werden können („Verstetigungsproblematik“). Denn trotz aller Erfolge sind gebietsbezogene Entwicklungskonzepte per Definition lediglich zeitlich begrenzte „Sonderprojekte“ jenseits der Regelstrukturen der Verwaltung (Fachbereiche, Fachämter etc.), in denen es nach wie vor schwer fällt, die anspruchsvollen Prinzipien integrierter und sozialraumorientierter Arbeitsweisen in die Praxis umzusetzen (vgl. DIFU 2006 und 2007; Kamp-Murböck 2006; Sauter/Ruiz 2006; Grimm/Hinte/Litges 2004).

In Gebieten mit einer hohen ökonomischen und sozialen Problemdichte wäre ein längerer Einsatz staatlicher Sonderförderung zwar durchaus begründbar. Zumindest für die Städtebaufördermittel des Bund-Länder-Programms und die daraus kofinanzierten Soziale-Stadt-Programme der Länder wird dies jedoch durch das Grundgesetz ausgeschlossen. Dort heißt es: „Die Mittel sind befristet zu gewähren und hinsichtlich ihrer Verwendung in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen. Die Finanzhilfen sind im Zeitablauf mit fallenden Jahresbeträgen zu gestalten.“ (Artikel 104b Grundgesetz, Absatz 2)

Das Auslaufen eines Soziale-Stadt-Programms bedeutet i.d.R. eine kritische Phase für die Nachhaltigkeit der örtlichen Erneuerungsprozesse. Zu den typischen Problemen, die dabei



Abb. 1: „Zarte Pflänzchen“: Tragfähigkeit der lokalen Gremien, Netzwerke und Initiativen

zu beobachten sind, zählen u.a. Verunsicherungen bei lokalen Akteuren und Bevölkerung („Jetzt wird alles wieder schlechter!“), fehlende Finanzmittel zur weiteren Unterstützung von bewohnerschaftlichen Aktivitäten (z.B. durch einen „Verfügungsfonds“ oder ein „Quartierbudget“), fehlende Anschlussfinanzierungen für wichtige sozial-integrative Angebote und Projekte, keine belastbaren Finanz- und Betriebskonzepte für neu geschaffene Infrastruktureinrichtungen (Begegnungsstätten, Kulturzentren etc.), der Wegfall der Finanzmittel für das Stadtteil- bzw. Quartiersmanagement sowie eine oftmals geringe Tragfähigkeit der lokalen Gremien, Netzwerke und Initiativen („zarte Pflänzchen“).

Zur Vermeidung dieser Probleme propagieren Politik und Verwaltung gerne unter Bezugnahme auf die Leitbilder des „Aktivierenden Staates“³ (seit einiger Zeit zunehmend auch des „Gewährleistungsstaates“) und der „Bürgerkommune“⁴ eine stärkere Nutzung bürgerschaftlichen oder freiwilligen Engagements (z.B. durch die Gründung von Förder- oder Trägervereinen für lokale Einrichtungen). Unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten klingt dies zunächst einmal positiv. Sämtliche einschlägigen Studien zum Engagementverhalten in Deutschland zeigen jedoch, dass die Bereitschaft und Fähigkeit der Menschen zu freiwilligem Engagement sozial selektiv verteilt sind, d.h., dass ein hoher Sozial- und Bildungsstatus statistisch mit einer hohen Engagementquote verbunden ist und umgekehrt (vgl. u.a. ISSAB 2008; Sauter 2006 und 2008; Huth 2007; Gensicke/Picot/Geiss 2006; Halm/Sauer 2005). Gerade in Soziale-Stadt-Gebieten haben aber überdurchschnittlich viele Bewohner einen niedrigen Sozial- und Bildungsstatus. Zudem sind sie oftmals mit der Bewältigung ihrer schwierigen Lebenssituation bereits ausgelastet und können weder Zeit noch Energie für weitergehende stadtteilbezogene („ehren-

amtliche“) Aktivitäten aufbringen. Die Engagementpotenziale in diesen Gebieten sind dementsprechend relativ gering. Die wenigen Engagierten wiederum fühlen sich durch die Beteiligungsappelle von Politik und Verwaltung häufig sogar eher überfordert als zusätzlich motiviert.

Perspektiven der Sozialen Stadt

Vor dem Hintergrund der hier skizzierten Erfahrungen in den Soziale-Stadt-Gebieten und angesichts der auch in Zukunft großen sozialen Herausforderungen in unseren Städten und Gemeinden durch die Folgen von Arbeitslosigkeit, Armut, demografischem Wandel und sozial-räumlicher Segregation (vgl. dazu u.a. Dörre 2008; Bude 2008; Farwick 2007; Siebel 2007) sollte in den Kommunen ein grundlegender politischer Paradigmenwechsel im Umgang mit diesen Gebieten eingeleitet werden. Denn Soziale-Stadt-Programme allein reichen bei Weitem nicht aus, um die dort anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Außerdem gibt es neben den offiziellen Programmgebieten noch zahlreiche weitere Stadtteile und Quartiere mit vergleichbaren Problemlagen, für die in absehbarer Zeit wahrscheinlich keine derartigen Sonderprogramme aufgelegt werden können.

Ziel muss es deshalb sein, die integrierte Stadt(teil)entwicklung auch jenseits der Sonderförderung durch das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ zu einer ressortübergreifenden Daueraufgabe der gesamten Kommunalverwaltung zu machen. Selbstverständlich sollen die bestehenden staatlichen Fördermöglichkeiten von den Städten und Gemeinden auch in Zukunft aktiv und innovativ genutzt werden. Gerade dem Bund-Länder-Programm käme dabei ganz wesentlich die Rolle eines Laboratoriums für die Einführung und Erprobung entsprechender Ansätze in den Kommunen zu. Vor allem aber sollten die regulären Ressourcen der kommunalen Verwaltungsressorts deutlich stärker als bislang zur Stabilisierung und Entwicklung benachteiligter Stadtgebiete und zur Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden.

Experimentelle Vorreiter eines solchen sozial-integrativen Politikansatzes sind z.B. – in je unterschiedlicher Ausprägung – die Stadt Köln mit ihrem Rahmenkonzept „Sozialraumorientierte

³ Unter einem aktivierenden Staat wird „ein Staat verstanden, der zwar an einer umfassenden öffentlichen Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben festhält, der jedoch nicht alle Leistungen selbst erbringen muss. Seine Aufgabe ist vielmehr, die Gesellschaft (...) zu aktivieren, zu fordern und zu fördern, sich selbst als Problemlöser zu engagieren.“ (Bandemer/Hilbert 1998, S. 29)

⁴ Beim Modell der Bürgerkommune geht es „um die Erhöhung der Effektivität und der Akzeptanz des politisch-administrativen Handelns, um die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Stärkung persönlicher Netzwerke, um die Entlastung der kommunalen Haushalte durch die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in die Aufgabenerfüllung und nicht zuletzt um eine stärkere Beteiligung der Bürger an der demokratischen Willensbildung.“ (Winkel 2003, S. 100)



Abb. 2: Soziale Stadt: Nicht zum Heulen, aber durchaus verbesserungsfähig! Graffiti in Berlin-Wedding (Foto: Jost)

Hilfsangebote in Köln“, die Stadt Hannover mit der Einführung des sog. „Stadtbezirksmanagements“ sowie das Land Berlin mit seiner Rahmenstrategie „Soziale Stadtentwicklung Berlin“ und das Land Hamburg mit seinem Rahmenprogramm „Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)“. In den Empfehlungen zum „Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin“ aus dem Jahr 2007 heißt es z.B.: „Die sich abzeichnende Polarisierung der Quartiersentwicklung verlangt nach gesamtstädtischen Strategien, die geeignet sind, die soziale Situation vieler Haushalte zu verbessern und eine Dekonzentration der sozialen Problemdichte einzuleiten bzw. negative Auswirkungen einer zunehmenden räumlichen Verdichtung von sozialen Problemlagen zu verhindern. (...) Eine integrierte Quartierspolitik mit den Schwerpunkten Familie, Jugend und Bildungspolitik muss dabei absoluten Vorrang haben.“ (Häußermann u.a. 2007, S. 80)

In Bezug auf das kommunale Verwaltungshandeln verlangt dieser Paradigmenwechsel insbesondere eine Förderung integrierter (querschnittsorientierter) Denkweisen und Haltungen, die verstärkte Entwicklung kooperativer Handlungsansätze, die Ausweitung ressort- und akteursübergreifender Arbeitsformen (z.B. in Projektgruppen oder Matrixorganisationen), eine weitaus intensivere Bewohnerorientierung und -beteiligung als bislang, den Wechsel von der noch immer weit verbreiteten Defizitorientierung zur Ressourcenorientierung sowie einen expliziten Stadtteil- und/oder Quartierbezug der sozial relevanten Fachdienste. Einzelne Elemente eines solchen Paradigmenwechsels finden sich bereits in vielen Kommunen, so z.B. bei der Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familien- und Nachbarschaftszentren, bei der Öffnung von

Schulen zum Stadtteil, beim Aufbau von lokalen oder regionalen Bildungsnetzwerken, bei der Einrichtung einer stadtteilbezogenen Gesundheitsförderung oder bei der Entwicklung von Modellprojekten für eine altersgerechte Quartiergestaltung.⁵

Die Verankerung der integrierten Stadt(teil)entwicklung als gesamtstädtische Daueraufgabe der gesamten Kommunalverwaltung erfordert allerdings einige zentrale Weichenstellungen und Entscheidungen auf kommunaler Ebene. Dazu gehören insbesondere

- eine klare politische Prioritätensetzung durch einen – möglichst parteiübergreifend getragenen – Ratsbeschluss für eine solche umfassende Soziale-Stadt-Politik,
- eine entsprechende Ressourcenumverteilung zugunsten derjenigen Gebiete, in denen die wesentlichen sozialen Integrationsleistungen für die Kommune erbracht werden („fair share“),
- der Aufbau einer professionellen Organisationsstruktur für die Umsetzung dieser Politik mit den drei Handlungsebenen Verwaltungskoordination, Gemeinwesenarbeit vor Ort und einer dazwischen agierenden intermediären Stadtteilmoderation⁶,
- eine stärkere Ausrichtung der relevanten Verwaltungsorts an den Prinzipien des Fachkonzepts Sozialraumorientierung⁷ (nicht als Ersatz sondern als notwendige Ergänzung zu ihrem jeweiligen Fachbezug),
- die interkulturelle Öffnung und Qualifizierung sämtlicher Regelstrukturen und -einrichtungen,
- die gezielte Stärkung der lokalen Demokratie und Zivilgesellschaft⁸,
- der systematische Aufbau und die Pflege von Partnerschaften mit privaten Akteuren (Wohnungsgesellschaften, Wirtschaftsunternehmen, religiöse Gemeinschaften, Stiftungen, Vereine etc.), um zusätzliche Ressourcen für die Gebietsentwicklungen zu erschließen, sowie

⁵ Vgl. dazu etwa das Konzept „WohnQuartier4 – Die Zukunft altersgerechter Quartiere im demografischen Wandel gestalten“, das derzeit in Remscheid-Hohenhagen und Essen-Altenessen-Süd als Kooperationsprojekt der Hochtief Construction AG, der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. sowie des Evangelischen Erwachsenenbildungswerks Nordrhein e.V. realisiert wird (siehe dazu ausführlich <http://www.wohnquartier4.de/> sowie GRIMM u.a. 2006).

⁶ Ein Beispiel für eine solche Organisationsstruktur bietet das Essener Modell „Quartiersmanagement“, das sich als strategischer Ansatz in der integrierten Stadt(teil)entwicklungspolitik versteht und darauf abzielt, die Lebensbedingungen in benachteiligten Wohnquartieren zu verbessern bzw. zu stabilisieren (vgl. dazu <http://www.uni-due.de/issab/stadt/Quartiermanagement.html>; Grimm/Hinte/Litges 2994).

⁷ Das Fachkonzept Sozialraumorientierung fordert von der kommunalen Verwaltung (und den freien Trägern) in allen sozial relevanten Arbeitsfeldern die Orientierung am Interesse und Willen der Bewohner, die Unterstützung von Selbsthilfe und Eigeninitiative, die Nutzung der Ressourcen der Menschen und des Sozialraumes bei gleichzeitiger Erschließung zusätzlicher Ressourcen (Geld, Informationen, Kontakte etc.) von außerhalb, eine zielgruppen- und bereichsübergreifende Gestaltung der jeweiligen Handlungsansätze sowie die Kooperation und Koordination der sozialen Dienste (vgl. Budde/Frucht/Hinte 2006 sowie Hinte 2009).

⁸ Vgl. dazu ausführlich Fehren 2008.



- die Einrichtung eines gesamtstädtischen Monitoring- und Evaluationssystems zur kleinräumigen Erfassung und Bewertung aller relevanten kommunalen Entwicklungsprozesse.

Fazit

Die hier beschriebene Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Soziale-Stadt-Politik auf kommunaler Ebene ist ein äußerst ambitioniertes und voraussetzungsvolles Unterfangen, das nur dann gelingen kann, wenn die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung dafür mit Nachdruck eintreten und die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Bund und Länder sollten zudem ihre Förderinstrumentarien darauf abstellen, die Verankerung einer integrierten Stadt(teil)entwicklungspolitik in den Kommunen gezielt zu unterstützen. Das zehnjährige Jubiläum des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ bietet einen hervorragenden Anlass, um die dafür notwendigen konzeptionellen und politischen Diskussionen zu beginnen und weitere Modellvorhaben in diese Richtung auf den Weg zu bringen. Ein selbstzufriedenes Zurücklehnen und Ausruhen auf dem bisher Erreichten können wir uns angesichts der drängenden gesellschaftlichen Herausforderungen nicht leisten.

Dr. Matthias Sauter

Institut für Stadtteilentwicklung und Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen

Quellen:

BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit (2007): Empfehlungen zur nachhaltigen Weiterentwicklung der „Sozialen Stadt“, Positionspapier, Gelnhausen; download unter <http://www.bagsozialestadtentwicklung.de/index.php?id=11>.

Bandemer, Stephan von/Hilbert, Josef (1998): Vom expandierenden zum aktivierenden Staat; in: Bandemer, Stephan von u.a. (Hg.) (1998): Handbuch zur Verwaltungsreform. Opladen, S. 29.

Baumministerkonferenz (ehemals ARGEBAU) (2005): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ in der Fassung vom 29.08.2005; download unter: <http://www.sozialestadt.de/programm/grundlagen/index.phtml>.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.) (2008): Statusbericht zum Programm Soziale Stadt (Bearbeitung: Bundestransferstelle Soziale Stadt / DIFU – Deutsches Institut für Urbanistik). Berlin; download unter: <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/>.

Budde, Wolfgang/Früchtel, Frank/Hinte, Wolfgang (Hg.) (2006): Sozialraumorientierung. Wege zu einer veränderten Praxis. Wiesbaden.

Bude, Heinz (2008): Soziale Integration und sozialer Ausschluss: Perspektiven für die Bürgergesellschaft. Vortrag auf dem vhw-Verbandstag am 18. September 2008 in Berlin; in: vhw Forum Wohneigentum, Heft 6/2008, S. 318-323.

DIFU – Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.) (2007): Soziale Stadt – Info Nr. 21, Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Schwerpunkt: Verstetigung und Monitoring in der Sozialen Stadt. Berlin; download unter: <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/newsletter/>.

DIFU – Deutsches Institut für Urbanistik, Bundestransferstelle Soziale Stadt (2006): Verstetigungsansätze zum Programm Soziale Stadt. Berlin; download unter: <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/>.

Dörre, Klaus (2008): Armut, Abstieg, Unsicherheit: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts; in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Heft 33-34/08, S. 3-6.

Farwick, Andreas (2007): Soziale Segregation in den Städten – Von der gespaltenen zur polarisierten Stadt; in: Baum, Detlef (Hg.) (2007): Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe. Wiesbaden, S. 111-122.

Farwick, Andreas/Petrowsky, Werner/Güntner, Simon (2005): Evaluation der Programme „Wohnen in Nachbarschaften – WiN“ und „Soziale Stadt“ in Bremen; in: BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2005): Die soziale

Stadt – Ein Programm wird evaluiert. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3 (2005), S. 147-157.

Fehren, Oliver (2008): Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz. Berlin.

Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement (Hg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Wiesbaden.

Grimm, Gaby/Hinte, Wolfgang/Litges, Gerhard (2004): Quartiermanagement. Eine kommunale Strategie für benachteiligte Wohngebiete. Berlin.

Grimm, Gaby/Knopp, Reinhold/Nell, Karin/Stelling, Christa/Winter, Gabriele (2006): WohnQuartier4 – Die Zukunft altersgerechter Quartiere gestalten. Düsseldorf und Essen.

Halm, Dirk/Sauer, Martina (2005): Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland (Hg.: Stiftung Zentrum für Türkei-Studien). Essen.

Häußermann, Hartmut (2005): Das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Gesamtbewertung und Empfehlungen der Zwischenevaluation 2003/2004; in: BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2005): Die soziale Stadt – Ein Programm wird evaluiert. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3, S. 75-85.

Häußermann, Hartmut u.a. (2007): Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2007. Fortschreibung für den Zeitraum 2005-2006. Endbericht. Berlin, S. 80.

Hinte, Wolfgang (2009): Eigensinn und Lebensraum – zum Stand der Diskussion um das Fachkonzept „Sozialraumorientierung“; in: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete 1/2009, S. 20-33.

Huth, Susanne (2007): Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten; in: vhw Forum Wohneigentum, Heft 4/2007, S. 203-206.

Kamp-Murböck, Marion (2006): Kontinuität in der Sozialen Stadt. Erste Erkenntnisse aus Nordrhein-Westfalen; in: Regiestelle E&C der Stiftung SPI (2006) (Hg.): Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Perspektiven von Quartiersentwicklung und Lokalem Aktionsplan in E&C-Gebieten. Dokumentation der E&C-Zielgruppenkonferenz der Quartiersmanager/innen vom 26./27.04.2006. Berlin, S. 49-53.

IFS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2004): Die Soziale Stadt – Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Die Bewertung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ nach vier Jahren Programmlaufzeit; download unter: <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/evaluationsberichte/>.

ISSAB – Institut für Stadtteilentwicklung und Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung der Universität Duisburg-Essen (Hg.) (2008): Engagementförderung bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund – Grundlagen, Praxiserfahrungen, Empfehlungen (Bearbeitung: Oliver Fehren und Matthias Sauter). Bonn.

Kaiser, Lutz C. (2009): Zehn Jahre Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“; in: RaumPlanung, Heft 144/145; S. 155-158.

Sauter, Matthias (2008): Integration und Engagement bei jugendlichen Migranten: Rahmenbedingungen und Handlungsempfehlungen; in: vhw Forum Wohneigentum, Heft 4/2008, S. 199-202.

Sauter, Matthias/Ruiz, Marcelo (2006): Soziale Stadtentwicklung: Daueraufgabe ohne Dauerlösung. In: Städtetz Soziale Stadt NRW (Hg.) (2006): Kontinuität in der Sozialen Stadt. Welche Perspektive hat die integrierte Stadtteilentwicklung nach der Förderung? Dokumentation zur Tagung am 15./16. Mai 2006 in Gelsenkirchen, S. 87-95; download unter: <http://www.ils-forschung.de/>.

Sauter, Matthias (2006): Mobilisierung von Bewohnerengagement im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“: Anspruch und Wirklichkeit; in: Selle, Klaus (Hg.) (2006): Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung – Analysen, Erfahrungen, Folgerungen (Planung neu denken, Bd. 2). Dortmund, S. 318-330; download unter: <http://www.stadtteilarbeit.de/cms/>.

Siebel, Walter (2007): Krise der Stadtentwicklung und die Spaltung der Städte; in: Baum, Detlef (Hg.) (2007): Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe. Wiesbaden, S. 123-135.

SRL – Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (2004): Positionspapier „Soziale Stadt“. Berlin, S. 4; download unter: <http://www.srl.de/ak/sozialestadt>.

Walther, Uwe-Jens/Güntner, Simon (2005): Soziale Stadt: vom überforderten Fachprogramm zurück zur Stadtpolitik; in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2005): Die soziale Stadt – Ein Programm wird evaluiert. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3.2005, Bonn, S. 183-191.

Walther, Uwe-Jens/Güntner, Simon (2007): Vom lernenden Programm zur lernenden Politik? Stand und Perspektiven sozialer Stadtpolitik in Deutschland; in: BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2007): Soziale Stadtpolitik – eine Zukunftsaufgabe. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 (2007), Bonn, S. 349-362.

Winkel, Olaf (2003): Bürgerkommune und New Public Management in der kommunalen Selbstverwaltung; in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 42. Jg., Band I/2003, S. 100.